

# AUSLÄNDISCHE ARBEITNEHMER: AUSSENSEITER ODER MITBÜRGER?

Die ausländischen Arbeitnehmer sind nicht aus eigenem Antrieb gekommen, die Wirtschaft hat sie in unser Land gerufen.

Bundeskanzler Willy Brandt in seiner letzten Regierungserklärung:

„Wir wissen aber auch, wie sehr sie mit ihrem Fleiß zu unser aller Wohlstand beitragen. Wir sollten dies anerkennen.“

Den Ausländern werden die gleichen Pflichten wie den Deutschen auferlegt:

- zu arbeiten wie die Deutschen
- Steuern zu zahlen wie die Deutschen
- Versicherungsbeiträge zu zahlen wie die Deutschen

## GLEICHE PFLICHTEN VERLANGEN GLEICHE RECHTE

Daher fordern wir:

### I. Recht der Ausländer auf gesicherten Aufenthalt in der Bundesrepublik

Wie sieht es heute aus?

- Der Ausländer lebt in ständiger Unsicherheit
- Er weiß nicht, wie lange er in unserem Land bleiben darf
- Jederzeit kann ihm die Aufenthaltserlaubnis entzogen werden
- Aus nichtigen Gründen kann er ausgewiesen werden

Die Folgen dieser Unsicherheit:

- Mangelnder Anreiz die deutsche Sprache zu erlernen (Warum soll ich Deutsch lernen, wenn ich morgen nach Hause muß? ) Das bedeutet: Unzureichende Verständigungsmöglichkeiten und Isolierung.
- Erhöhte gesundheitliche Anfälligkeit: Existenzangst macht krank!
- Schweigendes Erdulden von Unrecht (Devise: nur nicht auffallen! Mache ich den Mund auf, fliege ich heraus). Angst macht unfrei!

## ES IST GRAUSAM, MENSCHEN IN STÄNDIGER EXISTENZANGST ZU HALTEN

Daher rufen wir auf: Helfen Sie mit, für die Ausländer das Recht auf gesicherten, dauerhaften Aufenthalt in der Bundesrepublik zu erlangen, wie auch der DGB und die Kirchen es fordern. Das Einbürgerungsverfahren muß erleichtert, die Wartefrist von 10 Jahren verkürzt werden.

Wir fordern weiter:

### II. Recht auf Chancengleichheit in der schulischen und beruflichen Bildung

Wie sieht es heute aus?

Von 250.000 schulpflichtigen ausländischen Kindern besuchten im Jahre 1969 nur 99.000 eine Schule. — 68 % dieser Kinder bleiben wegen ungenügenden Unterrichts in der deutschen Sprache ohne Hauptschulabschluß!

Das bedeutet:

- keine Chance auf eine Lehrstelle
- ständige Beschäftigung als Hilfsarbeiter
- fortgesetzte Diskriminierung

Unsere Forderung:

**Gleiches Recht auf Bildung durch Verwirklichung des entsprechenden Hessischen Schulerlasses.**

Wir fordern weiter:

### III. Rasche Verbesserung der miserablen Wohnsituation der Ausländer — Konsequente strafrechtliche Verfolgung des Mietwuchers — Vermeidung von Ghetto-Bildungen

Weitere ausländische Arbeitnehmer sollten nur dann nach Deutschland geholt werden, wenn die notwendige Infrastruktur (Wohnungen, Kindergärten, Schulen usw.) geschaffen wurde. — Über die Neuanwerbung sollten nicht allein die Arbeitgeber entscheiden. Die Kommunen und Gewerkschaften müssen in dieser Frage ein entscheidendes Mitspracherecht erhalten.

### IV. Recht auf politische Betätigung

- a. Wer mit uns lebt, mit uns arbeitet und mit uns Steuern zahlt, muß das Recht haben, wo er wohnt, seine Interessen zu vertreten — mitzubestimmen und mitzuentcheiden.

Daher: **Aktives und passives Kommunalwahlrecht auch für Ausländer**

- b. Recht der Ausländer auf freie, öffentliche Kritik an Unrechtsverhältnissen, z.B. Militärdiktaturen und faschistischen Regimen in ihren Heimatländern.